

Nach der Marcos-Diktatur erlangten die philippinischen Medien den Ruf, eine der freiesten Südostasiens zu sein.

Gleichzeitig gelten sie seit Jahren als eines der gefährlichsten Länder für Medienschaffende.

Unter Duterte gewinnen die Sozialen Medien zunehmend als (Des-) Informationsquelle an Bedeutung. Insbesondere kritische Journalist*innen und Medienunternehmen werden massiv attackiert und sehen sich zunehmenden Gefahren ausgesetzt.



Medienfreiheit in den Philippinen

Kampfansage gegen die Pressefreiheit

"Nur weil ihr Journalist*innen seid, seid ihr nicht von Tötungen ausgenommen [...]," so Präsident Rodrigo Duterte noch im Mai 2016. Als gerade gewählter Präsident weckte Duterte mit dieser Botschaft Befürchtungen, dass die Presse- und Medienfreiheit unter seiner Regierung massiven Bedrohungen ausgesetzt sein würde.

Nach den ersten zwei Jahren seiner Amtszeit sind die Bedrohungen real und zu konkreten sowie vielseitigen Attacken gegen einzelne Journalist*innen und kritische Medien im Allgemeinen geworden.

Die Presse wurde zum Feind erklärt, Reporter*innen in Pressekonferenzen durch den Präsidenten sexistisch angegriffen und Journalist*innen generell als korrupt gebrandmarkt.

Die Duterte-Regierung machte deutlich, dass für Kritik kein Raum vorgesehen ist. Stattdessen herrscht ein Klima der Angst, das vor allem durch den einseitigen Diskurs und die „Neutralisierung“ der Kritiker*innen (z.B. die Schauprozesse gegen die Senatorin Leila de Lima oder die Präsidentin des Obersten Gerichtshofes, Maria Lourdes Sereno) wirkt.

Und das obwohl Duterte als eine seiner ersten Amtshandlungen eine Verfügung zur Informationsfreiheit erließ. Das Gesetz ist eine Errungenschaft jahrelangen zivilgesellschaftlichen Kampfes. Zahlreiche Ausnahmen, darunter die *Nationale Sicherheit*, *Sonderrechte der Exekutiven* sowie die *Verletzung*

persönlicher Privatsphäre, drohen den Erfolg jedoch zur Farce verkommen zu lassen.

Ein zunächst positives Signal sendete Duterte auch mit der Unterzeichnung der *Administrative Order No. 1* am 11. Oktober 2016. Die besagte AO schaffte einen präsidialen Arbeitsausschuss, der sich mit Rechtsverletzungen gegenüber Leben, Freiheit und Sicherheit von Medienschaffenden befassen und vergangene sowie gegenwärtige Angriffe auf Journalist*innen untersuchen sollte. Der Ausschuss hat seine Arbeit aufgenommen. Nichtsdestotrotz beklagen Kritiker*innen mangelnde Ressourcen, Personal und eine geringe Effektivität. Viel wirksamer und folgenschwerer scheinen hingegen Dutertes direkte und öffentliche Angriffe gegen Medienschaffende.

Die Bedeutung sozialer Medien

Schätzungen besagen, dass 44,4 von insgesamt 107 Millionen Filipin@s aktiv das Internet, 42 Millionen soziale Medien und davon 36 Millionen soziale Medien auf dem Handy nutzen. Tendenz steigend. Facebook steht mit Abstand an erster Stelle. Im Präsidentschaftswahlkampf 2016 waren die Sozialen Medien ein zentrales, kraftvolles und vor allem kostengünstiges Mittel der Mobilisierung. Facebook berichtete von 268 Millionen Konversationen über das Wahlgesehen. Dutertes Unterstützer*innen wussten die Sozialen Medien für sich zu nutzen. Nicht zuletzt ihnen hat Duterte seinen Aufstieg zu verdanken. Nach Dutertes Wahlsieg dankte sein

Sprecher 14 Millionen „Sozialen-Medien-Freiwilligen“. Duterte postet nicht unbedingt selbst. Eine Schar von Unterstützer*innen, inklusive der Leiterin der Kommunikationsabteilung des Präsidenten Mocha Uson sind für die Sozialen Medien zuständig. Ihnen wird das gezielte, organisierte und bezahlte Verbreiten von Falschnachrichten vorgeworfen. Das Online Medien-Outlet *Rappler* berichtete zu Beginn des Jahres von „Millionen falschen Sozialen Medien-Konten“, die Falschnachrichten verbreiteten und ursprünglich in Verbindung mit Dutertes Wahlkampagne standen. Auch Webseiten haben sich der Verbreitung falscher Nachrichten gewidmet. Zu Beginn des Jahres wurden in den Philippinen 94 „Fake News“ Webseiten gezählt.

Angriffe auf Medien und Medienschaffende

Die politische Einschüchterung seitens der Regierung wird durch die Sozialen Medien verstärkt und schlägt sich in konkreten Attacken gegen Medienschaffende und Medienorganisationen nieder. Hassbotschaften sind zur neuen Normalität geworden. Sie schlagen kritischen Journalist*innen in den Sozialen Medien zu Tausenden entgegen. Sie werden beschimpft oder es wird ihnen mit Vergewaltigung und Mord gedroht. Insgesamt zählte das *Center for Media Freedom and Responsibility* (CMFR) zwischen dem 30. Juni 2016 und dem 1. Mai 2018 insgesamt 85 Angriffe auf die Medien. Darunter finden sich 9 Morde, 16 Verleumdungsklagen und 14 Fälle von Belästigung oder Verfolgung sowie etliche weitere Angriffe.

Kritische Berichte über den Anti-Drogen-Krieg brachte zunächst den *Philippine Daily Inquirer*, dann *ABS-CBN* und schließlich *Rappler* ins Visier des Präsidenten. Es folgten Drohungen, Boykott, Korruptionsvorwürfe und schließlich der Lizenzentzug für *Rappler*. Der *Philippine Daily Inquirer*, die größte philippinische Tageszeitung, sah sich gezwungen, an den Duterte-Unterstützer Ramon Ang zu verkaufen. Darüber hinaus wurde 54 katholischen Radiostationen nach kritischen Berichten im Oktober 2017 die

Verlängerung ihrer Lizenzen verwehrt und dem Rundfunkunternehmen *ABS-CBN* droht Duterte ebenfalls damit, die Lizenzverlängerung zu stoppen. Hintergrundchecks für Journalist*innen, die über die Polizei berichten, der verwehrt Zugang zu Pressekonferenzen, Veranstaltungen, zu ganzen Gebieten oder Informationen (z.B. Polizeiberichten) erschweren die Berichterstattung über Marawi, den Anti-Drogen-Krieg, die Föderalismusreform, die Schließung von Boracay und das West-Philippinische Meer. Die Angriffe und Einschränkungen senden eine unmissverständliche Botschaft an Journalist*innen und Medienunternehmen: Auch sie könnten, bei kritischer Berichterstattung, ins Fadenkreuz geraten. Viele müssen sich zwischen Risiko und Selbstzensur entscheiden.

Auch vor Dutertes Amtszeit war die Pressefreiheit von einer ambivalenten Geschichte geprägt. Freiheitlich ja, aber nicht ungefährlich. Seit Jahren stellen die Philippinen weltweit eines der gefährlichsten Länder für Journalist*innen dar. Seit 1986 wurden in den Philippinen 156 Journalist*innen ermordet. Laut CMFR sind seither nur zwei Täter verurteilt worden.

Im Jahre 2009 wurde in der Provinz Maguindanao das weltweit brutalste Massaker an Journalist*innen verübt. 58 Menschen starben, davon 32 Medienschaffende. Bisher ist keiner der Täter verurteilt worden.

Auf dem World Press Freedom Index belegen die Philippinen in diesem Jahr Platz 133 von 180 Ländern. Ein Rückschritt um sieben Plätze zum Vorjahr. Darüber hinaus sehen sich Journalist*innen mit Verleumdungsklagen und dem *Cybercrime Prevention Act* aus dem Jahre 2012 konfrontiert. Nach dem philippinischen Strafgesetzbuch ist die Ehrverletzung und nicht der Wahrheitsgehalt einer Aussage für eine Verurteilung entscheidend. „Ehrverletzende“ Verleumdungen können mehrere Jahre Haft nach sich ziehen. Auch der UN Menschenrechtsausschuss erklärte diese Rechtslage als unvereinbar mit dem Recht auf Meinungsäußerung.

Quellen / Weiterführende Literatur:

- Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen (2017): *Menschenrechtsbericht Philippinen*, Köln
- Center for Media Freedom and Responsibility (2017): *The Media and the Duterte Presidency: Impunity Acute and Benign, Fettered Flow of information*, Manila
- Committee to Protect Journalists (2018): *Mission Journal: Duterte leads tri-pronged attack on press amid condemnation of controversial policies*, Manila

Herausgeber:

philippinenbüro e.V.
Hohenzollernring 52, 50672 Köln
<http://www.asienhaus.de/philippinenbuero>

in Verbindung mit:

Ökumenische Philippinen Konferenz
c/o Karl Schönberg
Bernhardstr. 153a, 50968 Köln